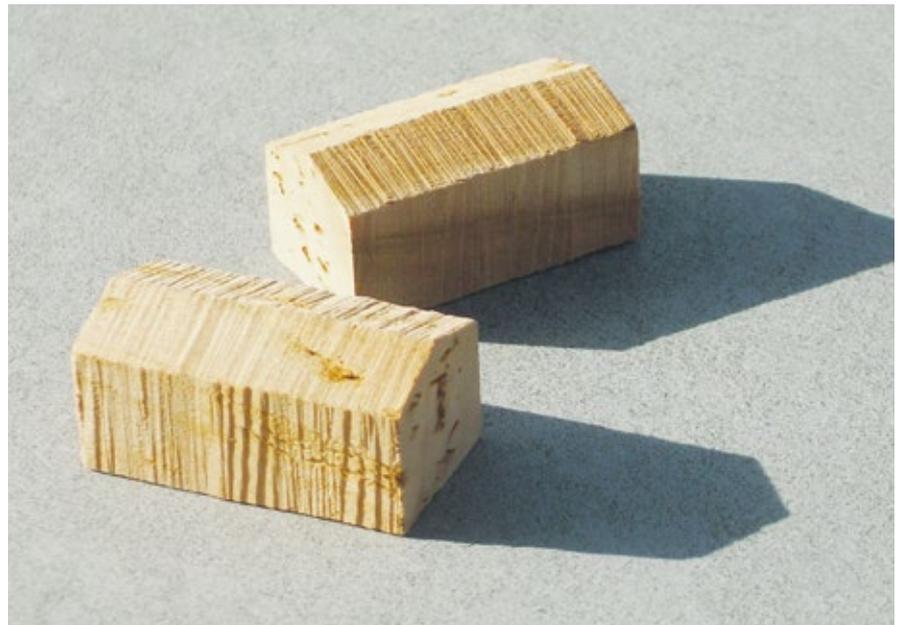


# TRANSFER WOHNRAUM VORARLBERG

Hinter diesem alemannisch-prägnanten Titel steckt nicht nur eine skalierbare Initiative zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, sondern auch ein raumplanerisches und sozialpolitisches Programm, das kulturelle Traditionen ebenso berücksichtigt wie juristische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Ein Gespräch mit den Architekten Konrad Duelli und Andreas Postner über den Mangel an Wohnungen für Flüchtlinge und Einheimische in Westösterreich, weiße Flecken im Gemeindegebiet und Strategien zur Erhaltung der Standards in einer der wohlhabendsten Regionen Europas.



Modellhäuschen aus Birnenholz

Sabine Dreher (SD) im Gespräch mit Konrad Duelli (KD) und Andreas Postner (AP)

Im flächenmäßig kleinsten Bundesland Österreichs leben rund 380.000 EinwohnerInnen, von denen offiziell 6.500 Personen als Wohnungssuchende registriert sind. Das hohe Preisniveau der Baugründe und die Tatsache, dass bis zu 10.000 leer stehende Privatwohnungen nicht auf dem Markt angeboten werden, führen vor allem im Bereich erschwinglicher Mieten zu einem akuten Wohnungsmangel, von dem großteils junge Menschen und Familien betroffen sind.

Während die an die Schweiz und an Deutschland angrenzenden stark wachsenden Ballungsräume im Rheintal und im Walgau eine Bevölkerungsdichte von 353 EinwohnerInnen pro Quadratkilometer aufweisen, verlieren die ländlichen Regionen Vorarlbergs mit derzeit durchschnittlich 43 EinwohnerInnen pro Quadratkilometer aufgrund hoher Abwanderung immer mehr an Wirtschafts- und Arbeitskraft sowie an Lebendigkeit und Diversität.

Als Mittel zur Stärkung des sozioökonomischen Gleichgewichts zwischen einer der stärksten Industrieregionen Österreichs und den maßgeblich vom Tourismus geprägten Tälern Vorarlbergs lässt das gesamtheitliche Konzept dreier Architektexperten aufhorchen. Mit einer scheinbar lapidaren Rechnung präsentieren sie einen neuen Lösungsvorschlag für die Bereitstellung kostengünstigen Wohnraums in ländlichen Regionen.



Nordansicht eines verputzten Holzhauses mit straßenseitigen Park- und Fahrradabstellplätzen

## Diese Objekte bleiben als sichtbarer und nutzbarer Wert im Sinne einer kommunalen Wertschöpfung erhalten.

SD: So wie unser Beitrag zur Architektur-Biennale ist Ihr Projekt eine Eigeninitiative. Wie haben Sie begonnen?

AP: Zu Weihnachten 2014 wurde uns klar, dass sich die Flüchtlingsströme verstärken werden, wie es auch das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte bereits beschrieben hatte, was die politische Öffentlichkeit aber noch weitgehend negierte. Gemeinsam mit unserem interdisziplinär zusammengesetzten Freundeskreis haben wir uns Gedanken gemacht, und wir wurden uns rasch einig, dass wir Flüchtlinge nicht wie während der Jugoslawienkrise ausschließlich in privaten Quartieren unterbringen können. Wir gingen davon aus, dass diese Problemstellung auch die Kirche interessieren müsste, und stießen beim Vorarlberger Bischof Benno Elbs auf offene Ohren. Bei einem ersten Gespräch habe ich dem Bischof erklärt, dass wir uns zuerst vor allem mit den Vorurteilen der Bevölkerung auseinandersetzen müssen, denn wir wussten, dass wir neue Gebäude erst dann realisieren können, wenn diese auf Akzeptanz stoßen.

SD: Welche Maßnahmen schwebten Ihnen vor?

AP: Wir dachten an sehr kleine Objekte für maximal 25 bis dreißig Personen, die man städtebaulich gut in die dörflichen und kleinstädtischen Strukturen integrieren könnte – Typologien, mit denen man in Vorarlberg bereits vertraut ist: teilweise traditionelle Typologien, teilweise aber auch solche aus dem modernen Holzbau. In den Endphasen des Baus sollten die künftigen BewohnerInnen mitarbeiten, um dem Vorurteil entgegenzuwirken, dass Flüchtlinge sich ins gemachte Nest setzen und nichts tun – obwohl bekannt ist, dass sie gar nicht arbeiten dürfen. Der Bischof hat sofort verstanden, dass bei diesem Ansatz einerseits die Bevölkerung erkennt, dass die Menschen sehr wohl arbeiten und sich einbringen wollen. Darüber hinaus ist eine sinnvolle Beschäftigung ein wichtiger Programmpunkt für die Geflüchteten, denn es ist fast ein Menschenrecht, selbst tätig zu werden und sich zu beteiligen. Zugleich ist die Mitarbeit eine Botschaft an die Bevölkerung, denn in Vorarlberg gibt es eine uralte, tief verwobene Tradition des Selbstbaus. Dieser Ansatz ist daher kulturell stimmig und wird auch verstanden. Der Bischof hat sofort begonnen, in seiner Diözese nach geeigneten Grundstücken zu suchen.

SD: An welche Region hatten Sie dabei gedacht?

AP: Wir hatten das gesamte Bundesland im Blick, denn der Bischof ist für ganz Vorarlberg zuständig. Wir konnten ihn auch für ein zweites, uns sehr wichtiges Projekt gewinnen: für die zeitgleiche Schaffung von Gärten. Es sollten nicht nur Häuser gebaut, sondern auch Gemeinschafts- und Nutzgärten angelegt werden. Auch von IntegrationsexpertenInnen wird bestätigt, dass gärtnerische Betätigung für die Geflüchteten eine der besten Methoden ist, um wieder Wurzeln zu schlagen und sich selbst zu verorten. Die Diözese hat daraufhin die eigenen Liegenschaften untersucht und über 45 Baugrundstücke identifiziert, die für solche Zwecke geeignet wären. Unsere Vorstellung war von Anfang an, dass wir Baugrundstücke nicht käuflich erwerben, sondern einen Baurechtsvertrag auf fünfzig Jahre abschließen. In den ersten fünf bis zehn Jahren, in denen mit einer überaus prekären Flüchtlingssituation zu rechnen ist, sollte die Kirche auf die Bezahlung von Pacht oder Zinsen verzichten.

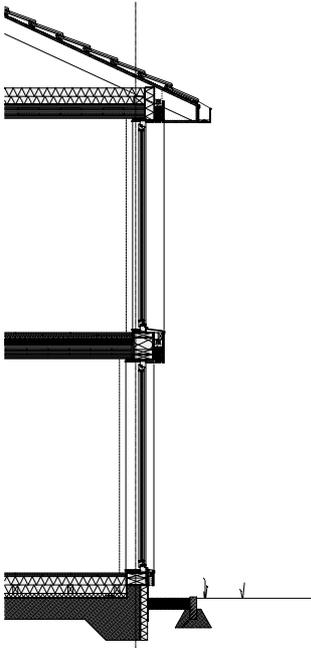
SD: Ihr Konzept ist also langfristig angelegt.

AP: Die Gebäude werden für Flüchtende und Asylwerbende errichtet und können in einer späteren Phase in kommunale Häuser für Gemeindevnutzungen und Startwohnungen „switchen“. Nach der Erstnutzung könnte die Gemeinde diese nach ihren Bedürfnissen umwidmen. Nach fünfzig Jahren würden die Häuser dem Baurecht entsprechend an die EigentümerInnen zurückfallen.

Rendecing: Design Therapy



Südansicht eines zweistöckigen Holzhauses mit Selbstversorgergärten im Vordergrund und den Schweizer Bergen im Hintergrund.



Holzkonstruktion Detail

Wesentlich bei unserem Ansatz ist, dass wir nicht nur für Geflüchtete, sondern in gleicher Weise für die Ortsansässigen bauen.

SD: Wer errichtet die Gebäude: das Innenministerium, die Gemeinde oder jemand anderer?

AP: Für die Bereitstellung von Grund und Boden kommen an sich verschiedene PartnerInnen infrage: die Diözese, eine Gemeinde, das Land, gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften oder der Bund. Wir haben uns auf den realistischsten Ansatz konzentriert, die Diözese, aber gleichzeitig auch die Frage der Finanzierung bedacht.

Derzeit werden mit gigantischem logistischem Aufwand private Wohnungen angemietet. Aufgrund der 15a-Vereinbarung von Bund und Land werden die Mietkosten im Verhältnis 60 : 40 getragen. Wenn wir eigene Objekte errichten, zahlen wir die Mietkosten nicht an Private, bei denen das Geld versickert, sondern schaffen mit Geldern der öffentlichen Hand öffentliche Werte für die Gemeinschaft. Diese Objekte bleiben als sichtbarer und nutzbarer Wert im Sinne einer kommunalen Wertschöpfung erhalten. Dabei kommen die Gemeinden, die durch die Situation stark belastet werden, auch in eine gewisse Win-Situation. Der gesamte Ansatz ist allerdings nur dann sinnvoll, wenn der Bau dieser Häuser fixer Bestandteil der Gemeindeentwicklung wird.

SD: Sind die Gemeinden in der Lage, das zu bewältigen?

AP: Im Prinzip setzen wir auf die gleiche Art der Finanzierung, die sonst über die private Mietschiene läuft. Drei der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften, die von der Landesregierung angesprochen wurden, sind mit im Boot. Damit ist die Finanzierung eigentlich geklärt. Sie funktioniert über die Wohnbauförderung, über Selbst- bzw. teilweise Fremdfinanzierung, so wie es die Baugenossenschaften handhaben. Das ist ein Modell, es wurden aber auch andere diskutiert: die Beteiligung von Privaten ebenso wie die Errichtung einer Stiftung oder einer neuen Form der Genossenschaft. Die Finanzierung selbst ist auf jeden Fall machbar.

SD: Was waren die größten Vorbehalte, denen Sie begegnet sind?

AP: Bis Mitte 2015 dominierte dabei das Verelendungsszenario: „Machen wir nicht viel, dann kommen weniger Leute“, oder „Machen wir es schlecht, damit weniger kommen“. Wenn man weiterdenkt, sieht man, dass man dadurch kein Problem löst, sondern nur einen Problemstau erzeugt. Wir haben beide bereits in der Entwicklungspolitik gearbeitet, sind weder blauäugig noch Sozialromantiker. Als wir das erste Mal mit Verantwortlichen sprachen, sagten diese, dass sie ganz neue Siedlungen für fünfzig bis siebzig Personen jeweils an den Rändern der Gemeinden bauen wollten. Es ist uns gelungen, die Politik stattdessen von einem kleinteiligen Weg zu überzeugen. Ich glaube, dass wir das als Erfolg verbuchen können.

SD: Womit konnten Sie überzeugen?

AP: Wesentlich bei unserem Ansatz ist, dass wir nicht nur für Geflüchtete, sondern in gleicher Weise für die Ortsansässigen bauen. Das hat das politische Gegenüber überrascht: In Vorarlberg gibt es 380.000 EinwohnerInnen, davon sind offiziell etwa 6.500 Wohnungssuchende. Wir haben festgestellt, dass verschiedene Wohnungsmärkte miteinander konkurrieren: der Wohnungsmarkt der AsylwerberInnen, jener der anerkannten Konventionsflüchtlinge und der der ortsansässigen Bevölkerung. Um die extreme Konkurrenzsituation zu auflösen, haben wir unsere Modellkonzeption auf Flüchtlinge und Ortsansässige ausgerichtet. Im selben Programm und unter gleichen Voraussetzungen wird auch für die regionale Bevölkerung gebaut, wobei die Konventionsflüchtlinge mitgenommen werden können, weil sie rechtlich den gleichen Status haben. Für die Asylwerbenden werden wir mehr Integrationsleistungen anbieten, und um die Bereitschaft der Bevölkerung zu unterstützen, bauen wir dort besonders kleinteilig. Pro Gemeinde gehen wir im Durchschnitt von zwei Häusern für je 25 Personen aus. Es

Ein junger Vorarlberger hat uns bei einer Enquete gefragt, ob die Flüchtlingskrise notwendig war, damit die Politik versteht, wie wichtig es ist, für junge Leute Wohnraum zu schaffen.

Wir sind aber nicht generell für ein Absenken der Standards. Das würde Interessengruppen in die Hände spielen, die mit nachhaltigem Bauen nicht viel am Hut haben.

gibt auch einen dreigeschossigen Typus für den kleinstädtischen Bereich.

SD: Sind die anerkannten Flüchtlinge ihrer Erfahrung nach bereits in den Arbeitsmarkt integriert?

AP: Die Frage nach der Arbeitsmarktintegration ist eine ganz eigene. Wenn der Anerkennungsbescheid kommt, ist der Jubel zunächst groß. Der Erhalt des Bescheids bedeutet aber auch, dass man spätestens vier Monate danach die Bundesbetreuung verlassen muss. Und was ist dann? Wir können nicht davon ausgehen, dass alle sofort Arbeit erhalten und Einkommen erzielen. In dem Augenblick, in dem die Betreuungsprogramme enden, sind die Betroffenen mit einer extrem schwierigen Realität konfrontiert. Da stellen sich jede Menge Fragen, mit denen sich die Politik bis jetzt viel zu wenig auseinandergesetzt hat. Wir hingegen haben eine sozialpolitische Modellkonzeption im Hintergrund, auf der das Bauprogramm basiert.

SD: Deswegen interessiert uns Ihr Projekt. Bevor Sie sich mit Plänen beschäftigt haben, haben Sie sich mit Verträgen sowie mit ökonomischen, politischen und soziokulturellen Fragen auseinandergesetzt.

AP: Ja, das deklarieren wir auch so. Wir beide sind Architekten, so wie auch Hermann Kaufmann, der mit im Team ist. Wir sprechen alle wesentlichen Projektschritte miteinander ab. Dabei ist die sozialpolitische Programmschiene unverzichtbar, denn ohne sie kommt man integrativ nicht weiter.

SD: Für die Politik scheint die Unterbringung von Geflüchteten zunächst vor allem ein Architekturproblem zu sein, aber Sie können deutlich machen, dass man sich die Situation ganzheitlich ansehen muss, und die Chancen dafür stehen heute besser als vor fünf Jahren.

AP: In der Frage kostengünstiger Wohnungen ist über Jahrzehnte in ganz Österreich zu wenig geschehen, ganz unabhängig von der aktuellen Flüchtlingsdiskussion. Ein junger Vorarlberger hat uns bei einer Enquete gefragt, ob die Flüchtlingskrise notwendig war, damit die Politik versteht, wie wichtig es ist, für junge Leute Wohnraum zu schaffen. Das bringt es auf den Punkt: Das Problem hatten wir schon vorher, aber jetzt ist der entscheidende Impuls da, um endlich und zwingend über sozialen Wohnbau zu diskutieren – und auch rasch zu handeln.

SD: In diesem Zusammenhang warnen ArchitektInnen oft vor der Gefahr, dass ein Absenken der Standards erfolgen könnte.

AP: Wir haben unabhängig von der Flüchtlingsthematik eine Debatte über überzogene Standards im Bautechnikbereich. Es gibt Entwicklungen, die zu weit gehen und nicht mehr sinnvoll sind. Wir sind aber nicht generell für ein Absenken der Standards. Das würde Interessengruppen in die Hände spielen, die mit nachhaltigem Bauen nicht viel am Hut haben. Hier muss man sehr genau differenzieren. Wie das für uns konkret aussieht, möchte ich am Energiestandard festmachen. Wir wollen Holzhäuser errichten und planen einen sehr guten Niedrigenergiestandard, aber wir errichten keine Passivhäuser, weil wir sowohl die Frage der Investitionskosten als auch die Frage der unmittelbaren Sozialverträglichkeit im Auge behalten. Es fällt teilweise schon der österreichischen Bevölkerung schwer, mit der Technologie eines Passivhauses adäquat umzugehen, um zu guten Ergebnissen zu kommen. Da bräuchte es intensivere Einschulungen.

SD: Welches Know-how müsste man dafür mitbringen?

AP: Know-how über Schaltungen, Steuerungen, die konkrete Praxis. Man muss seine Lebensgewohnheiten anpassen, kontrolliert lüften. Wir wollen nicht auf der Technologieebene nach oben schrauben, sondern versuchen, das Nachhaltigkeitsproblem durch kleinteilig strukturierte

Wir wollen keine Katastrophenarchitektur bauen. Warum sollten wir in der Situation plötzlich alles über den Haufen werfen, worüber wir uns in der Raumplanung, in der Architekturtheorie und in der Ortsentwicklung lange Zeit den Kopf zerbrochen haben?

Uns ist wichtig, die Holztafelbau- bzw. -elementbauweise zu verwenden, weil alle Zimmereien in Vorarlberg diese Technologie beherrschen.

Ensembles im Auge zu behalten. Wir bauen z. B. keine Tiefgaragen und reduzieren auf wenige Stellplätze, weil wir in Richtung autofreie Siedlung denken. Im Plan sehen wir die Stellplätze in den Grundflächen vor, bauen sie aber nicht voll aus, sondern nutzen sie als zusätzliche Garten- bzw. Rasenflächen. In der energetischen Konzeption beurteilen wir Haus und Mobilität gesamtheitlich in einer Bilanz. Damit kommen wir weit und müssen technologisch nicht alles ausreizen.

KD: Kostenmäßig kann man natürlich bei so einem Haus nicht vierzig Prozent einsparen, das ist unmöglich. Einsparen kann man dadurch, dass man keine Tiefgarage baut und kleinere Wohnungen plant. Derzeit hat in Vorarlberg eine Zweizimmerwohnung im sozialen Wohnbau 75 Quadratmeter. Bei dieser Größe schafft man keine effektive Kostenreduktion.

SD: Wie viel geringer ist die Wohnfläche, die Sie vorgesehen haben?

KD: Grundsätzlich haben wir relativ kleine Wohnungen mit etwa fünfzig Quadratmetern geplant. Wir könnten aber sowohl noch kleinere als auch größere bauen.

AP: In Vorarlberg ist der Wohnungsbedarf der Ortsansässigen momentan so hoch, dass alles, was gebaut wird – egal in welcher Größe –, im Nu weg ist. Das beschreibt die Brisanz der ganzen Situation. Junge Leute wollen oft einfach nur kleine, leistbare Wohnungen – für sich oder zu zweit. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass Konventionsflüchtlinge mit Kindern Wohnungen finden, in denen auch fünf Personen Platz haben. Auf diese Situation haben wir reagiert und ganz einfache Typologien für primär fünfzig Quadratmeter geschaffen, mit denen in Variationen zwischen 35 und 110 Quadratmetern alles möglich ist. Um kostengünstig zu bauen, achten wir auf drei Dinge: auf die Wohnungsgröße und auf das energetische Konzept im Zusammenhang mit der Mobilität sowie drittens auf den Standard des Endausbaus. Auch das Modell des Baurechtsvertrags hilft, nicht zuletzt um der Bodenspekulation entgegenzuwirken.

SD: Im Kern gehen Sie von einer temporären Nutzung des Grundes aus, aber die Gebäude selbst sind für einen langen Zeitraum gebaut und nicht temporär angelegt.

AP: Genau. Letzteres halten wir auch nicht für sinnvoll. Wir wollen keine Katastrophenarchitektur bauen. Warum sollten wir in der Situation plötzlich alles über den Haufen werfen, worüber wir uns in der Raumplanung, in der Architekturtheorie und in der Ortsentwicklung lange Zeit den Kopf zerbrochen haben? Darin besteht unser Hauptvorwurf an die Politik. In Österreich gibt es gut sieben Architekturfakultäten oder -schulen, die sich mit Raumplanung auseinandersetzen, und zahlreiche Universitäten und Fachhochschulen, die sich mit Sozialwissenschaft und Gemeinwesenarbeit beschäftigen. Und dann kommt die Politik und setzt auf Katastrophenarchitektur und umgeht den ganzen Themenkomplex, indem sie sich an Großinvestoren wendet und problematische Projekte wie Containersiedlungen in den Raum stellt. Ob nun aus Holz oder aus Metall, uns kommt das bizarr vor, und es ist für das Land in seiner Gesamtentwicklung schädlich.

SD: Das sehen wir auch so. Es gibt einige Initiativen, die sich durch mehr Innovation oder Ideenreichtum unterscheiden. Deswegen gefällt uns Ihr breiter Ansatz. Was wäre für Sie das Markanteste, das Sie damit erreichen könnten?

AP: Es war z. B. überraschend zu sehen, wie viele Grundstücke die Kirche angeboten hat. Ein Bürgermeister hat den Vergleich mit einem Käse angestellt: Dort, wo die Löcher sind, gibt es Restflächen im Bebauungsgebiet, und das sind ziemlich sicher kirchliche Gründe. Die Freude der BürgermeisterInnen, dass sich die Kirche hier engagiert, ist groß, weil endlich Grundstücke, die lange nicht genutzt wurden,

in den Wohnbaugebieten einer Bebauung zugeführt werden. Über diese kleinen Parzellen, die oft nur 2.000 Quadratmeter groß sind, können wir eine Form sehr sinnvoller Nachverdichtung erreichen.



Hermann Kaufmann, Andreas Postner,  
Konrad Duelli

SD: Sie betonen, dass Sie eigentlich ein Programm entwickelt haben. Programme haben die Tendenz, sich als universelle Modelle zu verfestigen. Besteht nicht die Gefahr, dass am Ende das Resultat nur Ihre Handschrift trägt?

AP: Es handelt sich nicht um eine Architekturaufgabe, von der wir glauben, sie allein lösen zu müssen. Es geht uns nicht um Selbstverwirklichung, ganz im Gegenteil. Daher haben wir bewusst keine eigene Website gemacht und treten nicht als Firma auf. Wir haben eine Programmidee entwickelt, die KollegInnen, die sich dafür interessieren, jederzeit aufgreifen können, um sie spezifisch für eine Gemeinde in Österreich zu adaptieren.

SD: In Ihrem Konzept haben Sie sich für eine Holzbauvariante entschieden, die industriell hergestellt wird.

AP: Großindustrielle Holzbaukonzepte würden viel Platz benötigen, um überhaupt wirtschaftlich zu sein. Inzwischen haben in Vorarlberg industrielle Holzbauanbieter ihre Konzepte auf kleinere Maßstäbe skaliert. Uns ist wichtig, die Holztafelbau- bzw. -elementbauweise zu verwenden, weil alle Zimmereien in Vorarlberg diese Technologie beherrschen. Im Land gibt es etwa fünfzig bis siebzig hervorragende Holzbaubetriebe. Wir wollten kein Programm entwickeln, das nur ein paar großindustrielle Hersteller umsetzen können, während die lokalen Betriebe durch die Finger schauen. Das wäre ein Widerspruch zu einer integrativen Politik, denn Integration und Inklusion bedeutet, alle vor Ort mitzunehmen und zu beteiligen. Diese regionale Wertschöpfung, vom Wald über die Säger bis zu den Unternehmern, ist für uns zentral. Das hat die Politik erst mit der Zeit verstanden.

SD: Ist bereits ein Spatenstich in Sicht?

AP: Wir haben unser Modell im Spätsommer 2015 der Landesregierung vorgestellt, und unsere Ungeduld ist inzwischen enorm. In einigen Gemeinden haben wir schon im Voraus mit konkreten Planungen begonnen. Momentan wird noch der Baurechtsvertrag überprüft, um ihn zwischen Pfarre, Diözese und Wohnbauträger abzustimmen. Sobald es dafür den Sanctus gibt, reichen wir ein.

SD: Wie viele Projekte wollen Sie ungefähr angehen?

AP: Wir haben der Politik aus verschiedenen Gründen empfohlen, nicht mit einem Pilotprojekt zu beginnen, sondern mit vier oder fünf gleichzeitig. Einer der Gründe dafür ist, dass wir die Leute schützen und die Gemeinden keinem erhöhten sozialpsychologischen Druck aussetzen wollen.

SD: Befürchten Sie selbst bei so kleinen Einheiten dahingehend Probleme?

AP: Wenn wir in mehreren Orten gleichzeitig zu bauen beginnen, verteilt sich der Druck. Außerdem wollen wir den Bau- und Kommunikationsprozess wissenschaftlich begleiten, um möglichst viel dabei zu lernen.

KD: Man muss damit rechnen, dass es in der einen oder anderen Gemeinde zu Verzögerungen kommt. Wenn es uns aber gelingt, mit den NachbarInnen vorweg alles abzuklären, kann es auch sehr schnell gehen. Dennoch, selbst nach einem Jahr ehrenamtlichen Engagements wollen wir keine falschen Erwartungen schüren.

### Über „Zwei Häuser für jede Gemeinde“

„Der österreichische Gemeindebund vertritt siebzig Prozent der österreichischen Bevölkerung in 2.180 Gemeinden. In jeder Gemeinde leben durchschnittlich 2.800 Personen. Mit zwei Häusern à 15 Personen schaffen wir Wohnraum für dreißig Personen – das sind bei 2.180 Gemeinden 65.400 Personen. Das wiederum sind in etwa siebzig Prozent der 90.000 Flüchtlinge in Österreich. Das Unterbringungsproblem wäre damit gelöst.“

### Über die Initiatoren

Als Konsequenz aus privaten Gesprächen gründeten die drei Architektexperten und Kollegen Konrad Duelli (geb. 1961), Hermann Kaufmann (geb. 1955) und Andreas Postner (geb. 1956) zusammen mit anderen Mitdenkern die Initiative Transfer Wohnraum Vorarlberg. Während Hermann Kaufmann sich als bauender und lehrender Spezialist für Holzbau international einen Namen gemacht hat, teilen die selbstständigen Architekten Konrad Duelli und Andreas Postner Engagement und Erfahrung in den Bereichen Migration und Entwicklungshilfe. Postner engagierte sich darüber hinaus als Gründungsmitglied der NGO Transform Alpenrhein/Bodensee grenzüberschreitend in den Bereichen Energie, Raumplanung, Verkehr und Umwelt.